

Österreich 2020

Akzente für eine Budget- &
Finanzpolitik der Zukunft



Akzente für eine Budget- und Finanzpolitik der Zukunft

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Risiken für Österreichs weitere wirtschaftliche Entwicklung deutlich sichtbar gemacht. Die österreichische Politik steht vor der Frage: Soll man hinnehmen, dass die Volkswirtschaft auf einen niedrigeren Wachstumspfad abgeleitet, oder soll man durch entschlossene Reformen eine Fortsetzung der im internationalen Vergleich überdurchschnittlich guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sichern? Wir sind der Meinung, dass höheres Wachstum und damit höhere Beschäftigung zu bevorzugen sind.

Aufgrund der rasanten Änderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stehen "arrivierte" Volkswirtschaften – so auch Österreich – vor großen Herausforderungen. Diese erfordern rasche und weitreichende Entscheidungen der österreichischen Wirtschaftspolitik.

Auf Basis unserer Bestandsaufnahme der kritischen Faktoren der finanz- und wirtschaftspolitischen Entwicklung Österreichs sollen im Folgenden unsere Empfehlungen vorgestellt werden:

1. Rahmenbedingungen für stabiles Wirtschaftswachstum sichern, neue Impulse setzen: von der vergangenheitsorientierten zur zukunftsorientierten Budgetpolitik

1.1 Wachstumsfreundliche Budgetkonsolidierung

Der Schuldenstand Österreichs ist hoch, die Steuern und öffentlichen Ausgaben ebenso. Die Budgetstruktur ist vergangenheits- und konsumorientiert und zu wenig zukunfts- und investitionsorientiert. Ein ausgeglichener Haushalt sollte so rasch wie möglich Spielräume - auch für Steuerentlastungen - ermöglichen: Mittelfristig müssen sowohl die Schuldenquote als auch die Abgabenquote deutlich abgesenkt werden. Budgetkonsolidierung und Umschichtungen im Budget sollten klaren Prioritäten folgen, die derzeit noch nicht erkennbar sind. Wir empfehlen:

- Konsequente Budgetkonsolidierung, in erster Linie durch Abbau der Neuverschuldung. Keine Ausgabenkürzungen nach der „Rasenmähermethode“, um mögliche Wachstumseffekte zukunftsorientierter Ausgaben nicht zu bremsen.
- Einsparungen sollten nicht mehr dort erfolgen, wo es politisch leicht umsetzbar ist, sondern dort, wo es möglichst wachstumsverträglich und effizienzfördernd ist. In der Vergangenheit ist etwa im Bereich Kunst und Kultur sowie im Außenauftritt Österreichs überschießend eingespart worden.
- Die temporären Entlastungen aufgrund der Niedrigzinsphase sollten primär zur Konsolidierung verwendet werden.
- Umschichtung von Haushaltsmitteln in zukunftsrelevante Bereiche – investive Ausgaben müssen Vorrang vor konsumtiven haben. Ein bewährtes Steuerungsinstrument ist dabei das Top-down-Verfahren in Verbindung mit sogenannten Spending Reviews - diese sollten umgehend durchgeführt werden.
- Mit Ausnahme des Breitbandausbaus und des öffentlichen Personenverkehrs ist das Infrastrukturbudget (insbesondere in den Bereichen Straßen- und Tunnelbau) überdimensioniert und setzt die falschen Prioritäten. Hier gilt es, Schwerpunkte zu Gunsten von Forschung, Bildung und Universitäten zu setzen.
- Im Bereich der Familienförderung sind die eingesetzten Mittel zu hoch: Ein Drittel der über 9 Mrd. Euro sollte zu Sachleistungen umgeschichtet (zum Beispiel: vorschulische Kinderbetreuung und Nachmittagsbetreuung an Schulen) und das Gesamtniveau zurückgefahren werden.

1.2 Ein Steuersystem mit Fehlanreizen

Aufgrund der engen internationalen Verflechtungen erwachsen - abgesehen von der generell zu hohen Abgabenquote - deutliche Probleme aus der bestehenden Abgabenstruktur. Im internationalen Wettbewerb wird Österreich ohne signifikante Strukturänderungen zum Steuerverlierer. Es gilt, das Abgabensystem wachstums- und beschäftigungsverträglicher, ökologischer und einfacher zu machen. Wir empfehlen daher:

- Beseitigung der reduzierten Mehrwertsteuersätze und im Gegenzug die Erhöhung direkter Transferzahlungen an Bedürftige.
- Beseitigung der Ausnahmen im Einkommensteuertarif, idealiter auch der begünstigten Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts (durch aufkommens- und verteilungsneutrale Integration in den Tarif). Einführung einer maßvollen Erbschaftssteuer für hohe Erbschaften (Dies ist eine Mehrheitsempfehlung).
- Beseitigung steuerlicher Förderungen ohne Bedarfsprüfungen mit hohen Streuverlusten (und Umstellung auf deutlich zielgenauere direkte Förderungen mit strenger Bedarfsprüfung) als Teil einer generellen Tarifreform.
- Deutliche Anhebung der Grundsteuer.
- Reduzierung oder Abschaffung der Pendlerpauschale und anderer Maßnahmen (beispielsweise Dienstwagenbesteuerung, Ausnahmen für Flugbenzin), die ökologisch kontraproduktiv sind und negative Lenkungseffekte haben.
- Generelle Verschiebung von direkter zu indirekter Besteuerung und insbesondere hin zu Lenkungssteuern.

1.3 Gestaltungsspielräume bei Förderungen nutzen, Transparenz herstellen, Evaluierungen durchführen

Österreich hat im öffentlichen Bereich im Vergleich zur Mehrzahl der Industriestaaten ineffiziente Prozesse und unwirtschaftlich agierende Institutionen. Das Verhältnis von aufgewendeten öffentlichen Mitteln und erzieltm Erfolg ist im internationalen Vergleich ungünstig (z.B.: Bildung oder Gesundheit). Oft ist unklar, wo und wie öffentliche Mittel tatsächlich ankommen und welche Wirkung sie (warum) erzielen. Wir empfehlen deshalb:

- Bevorzugung direkter Förderungen auf Basis klarer und transparenter Prioritäten statt steuerlicher Erleichterungen (aufgrund hoher Intransparenzen, Streuverlusten und geringer Selektivität im steuerlichen Bereich).
- Befristung und degressive Ausgestaltung der Beihilfen.
- Einschränkung ökologisch kontraproduktiver Förderungen.
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vor allem mit Blick auf die Vermeidung von Mitnahmeeffekten mit regelmäßigem Monitoring - durch unabhängige Institutionen!
- Erhebung der Kosten und Kostenstellen in allen relevanten Politikbereichen; auch im föderalen Gesamtzusammenhang.
- Klare Organisation der Verantwortlichkeiten an einer Stelle (Kompetenzentflechtung).
- Die Zielgenauigkeit öffentlicher Fördermittel erhöhen (etwa durch Kooperationen mit privatem Wagniskapital) sowie die „Nutzbarmachung“ privaten Kapitals zur Investition in Jungunternehmen verbessern.

2. Nachhaltige Erwerbsbeteiligung sichern

Erwerbsbeteiligung steigern und nutzen - dies wird einer der ganz entscheidenden Faktoren bei der Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sein. Es sollten daher die wirtschaftlich verwertbaren Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten von Frauen stärker genutzt werden (ihre Ausbildungsbeteiligung ist höher als jene der Männer). Zudem müssen wir uns als Volkswirtschaft dem demografischen Wandel stellen, der zu einer Veränderung der Gesamtaltersstruktur unserer Gesellschaft führen wird und so zu höheren Belastungen für die Staatshaushalte. Um die Fragen der Zuwanderung angemessen zu beantworten, bedarf es einer zielgerichteten Migrationspolitik. Es werden alle länger arbeiten müssen - und dies auch können und wollen! Wir empfehlen:

2.1 Beschäftigungspotentiale und -möglichkeiten von Frauen weiter verbessern

- Ausbau des Betreuungsangebots im frühkindlichen Bereich und Ausbau der Ganztagsbetreuung von Kindergarten- und Schulkindern.
- Rasche Anhebung des frühen gesetzlichen und vor allem des tatsächlichen Pensionsantrittsalters.
- Schrittweise Rückführung von Regelungen im Steuer- und Transfersystem, die eine ungleiche Arbeitsteilung unterstützen (Überstundenbegünstigung, kostenfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung, Hinterbliebenenversorgung, Alleinverdienerabsetzbetrag).
- Umwandlung von Geld- in Sachleistungen in der Familienförderung.
- Änderungen beim Kinderbetreuungsgeld durch Wegfall der Variante mit 30/36 Monaten Bezugsdauer und Anreize für eine höhere Väterbeteiligung (Gleichstellungsbonus, Reservierung eines größeren Anteils der Elternzeit für den zweiten Elternteil).

2.2 Ausländerzuzug als Chance sehen, Anreize für Hochqualifizierte setzen

- Liberalisierung der Regeln, die den Zuzug hoch qualifizierter Arbeitskräfte - inklusive Forschungs- und Hochschulpersonal - behindern; dies betrifft insbesondere auch die Arbeitsgenehmigungen für Partner und die in manchen Bereichen widersinnigen Sprachanforderungen.
- Entbürokratisierung - Neuankommende, die die österreichischen Vorschriften erfüllen könnten, sollen willkommen heißen und nicht ‚unwillkommen‘ behandelt werden

2.3 Gesund altern und länger arbeiten

- Schnellere Angleichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen an das von Männern.
- Stufenweise Erhöhung des gesetzlichen Antrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2030
- Anreizsysteme für ein freiwilliges längeres Verweilen im Arbeitsmarkt (Bonus nach Überschreiten der gesetzlichen Pensionsgrenzen).
- Verbesserungen bei Vorsorgemedizin (vor allem auch im Bereich psychischer Erkrankungen) sowie bei altersgerechten Arbeitsplatz- und Arbeitszeitmodellen.

Auch in diesem Bereich ist es wichtig, ein Instrumentarium zur Überprüfung der Effizienz eingeleiteter Maßnahmen (Evaluation) zu implementieren.

Maßnahmen seitens der Wirtschaft zur Ausgestaltung von altersgerechten Arbeitsplätzen, die die Erfahrung und Einsatzmöglichkeiten Älterer nutzen, sind hier unumgänglich.

3. Bildung dezentralisieren und Exzellenz in der Forschung erreichen

Im Bildungsbereich sind die Ausgaben hoch, die Ergebnisse jedoch nur mittelmäßig. In Österreich gibt es fast 6.000 Schulversuche - das Ergebnis einer verfahrenen und bürokratisch rigiden Kultur. Im Bereich der Universitäten ist die Anzahl der Studierenden gemessen an der Ausstattung der Universitäten in vielen Fächern zu hoch und die Ausstattung der Forschungsmittel pro Wissenschaftler zu gering. Das Niveau der Universitäten liegt deutlich unter den Möglichkeiten des wohlhabenden Österreich.

Aus diesem Grund empfehlen wir eine an internationalen Forschungsergebnissen orientierte Bildungspolitik und eine Fokussierung der Forschungspolitik. Politische Vorhaben sollten evidenzbasiert sein, dies erscheint uns besonders im Bereich der Bildung als verbesserungsfähig. Wir empfehlen:

3.1 Verbesserte Bildungspolitik durch Dezentralisierung und Digitalisierung

- Dezentralisierung (bedeutet nicht: Verländerung!) der Schulverantwortung an die einzelnen Schulen, um spezifisch auf lokale, regionale und soziale Verhältnisse reagieren zu können, um fördern und fordern zu können.
- Einführung von professionellem Schulmanagement und effizienter Schulverwaltung.
- Abbau des über Jahrzehnte gewachsenen Mittelbaus an kostenintensiven Einrichtungen, die große Teile des Bildungsbudgets absorbieren, sich aber gegenseitig blockieren - pragmatischerweise sollte man alle dort Beschäftigten (so sie nicht im Unterricht an Schulen einsetzbar sind) in neun Bildungsämtern zusammenfassen und die personellen Maßnahmen im Zeitablauf an die tatsächlichen Notwendigkeiten anpassen.
- Ausbau der bestehenden Schulangebote im Bereich Mathematik, Technik, Technologie, Physik, Molekularbiologie und Chemie (dies sind in anderen Ländern klassische Aufsteigerfächer für Migranten).
- Frühkindliche Bildung fördern und die frühkindliche Entwicklung - inklusive deutscher Sprache - verpflichtend evaluieren, um das Annehmen entsprechender Angebote rechtzeitig vor dem Schuleintritt zu ermöglichen.
- Die Ausbildung der Betreuungspersonen professionalisieren (vom Betreuer noch mehr zum Pädagogen).
- Die Schulen sollen - dies ist mittlerweile in vielen Bereichen eine Einsparung - rasch digitalisiert werden. Vom elektronischen Reader zur elektronischen Schülerkarte, vom Online-Zugang zum elektronischen Leistungsnachweis – so macht die Schule Kinder für das nächste Informations- und Kommunikationstechnologie-Zeitalter bereit. Der Widerstand wird nicht von den Schülern kommen!

3.2 Anreize in der Forschungspolitik setzen

Eine Sonderdotierung (nicht nur einmalig!) von universitären Forschungsrichtungen, die für das Potentialwachstum Österreichs bedeutsam sein könnten. Technik, Physik, Informatik, Chemie, Molekularbiologie und eine Reihe medizinischer Fächer sollten an internationale Standards herangeführt werden. Es sollten spezielle Förderinitiativen von universitärer Grundlagenforschung in diesen Bereichen implementiert werden.

- Möglichkeiten und Anreize für deutlichere Gehaltsdifferenzierungen an den Universitäten schaffen, um international hochkarätige Forscher und Lehrende anzuziehen oder zu binden. Darüber hinaus eine Stärkung der dezentralen Verantwortung der Universitäten sowie höhere Qualitätsansprüche an Lehre und Forschung durch finanzielle Anreizsysteme bei der Dotierung von Instituten schaffen.
- Stärkere Anreize zur Förderung und Forderung bei Studierenden setzen.
- Kapazitätsbeschränkungen an den Universitäten oder finanzielle Abgeltung der gestiegenen Studierendenzahlen, wobei maßvolle Studiengebühren empfehlenswert sind. Bei höheren Studiengebühren sollte man ein entsprechendes Stipendiensystem einführen.

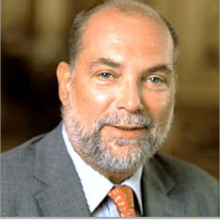






- Implementierung einer Exzellenzinitiative an österreichischen Universitäten - die Evaluierung muss jedenfalls von außen erfolgen!
- Die Einrichtung einer Forschungsförderungs-Transparenzdatenbank, um die Transparenz der Forschungsförderung zu steigern


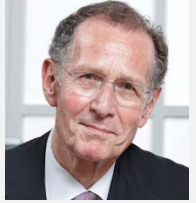


4. Digitale Offensive: Förderung der digitalen Wirtschaft und Gestaltung einer bürgernahen und effizienten Verwaltung

Die digitale Globalisierung bietet für die österreichische Wirtschaft große Wachstums- und Beschäftigungschancen und ermöglicht Effizienzsteigerungen in der Verwaltung. E-Gouvernement-Lösungen müssen flächendeckend eingesetzt werden, um Verwaltungsabläufe effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Bürgernähe und Transparenz müssen gesteigert werden, ebenso die Innovation im öffentlichen Bereich. Darüber hinaus sollen Innovation im österreichischen IKT-Bereich sowie die Gründung von innovativen Jungunternehmen gefördert werden. Wir empfehlen:

- Es sollen virtuelle und antragslose Verwaltungsabläufe auf Basis von digitaler Identifikation geschaffen und vereinfacht werden (Vorbild Estland). E-Gouvernement-Planungs- und Steuerungsmechanismen, Finanzierungsentscheidungen und IT-Infrastruktur müssen zentralisiert werden. Durch möglichst frühzeitige Miteinbeziehung von (internationalen) Experten sowie von Bürgern soll maximale Nutzerfreundlichkeit erzielt und gewährleistet werden.
- Eine „Industriepolitische Initiative“ ist notwendig, um eine internationale Spitzenposition einzunehmen und langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben.
- Die Harmonisierung und die Vereinfachung von Verordnungen sind notwendig, um einen transparenten Ordnungsrahmen zu schaffen, ohne wirtschaftliche Freiräume zu beschneiden.
- Die Kompetenzen der Bürger in digitalen Belangen müssen weiter aufgebaut und gestärkt werden.
- E-Partizipationsangebote und „Open Data“-Initiativen sollen ausgebaut werden (mit Fokus auf leichtere Verwendbarkeit sowie Relevanz der zur Verfügung gestellten Informationen) und dedizierte Schnittstellen („Innovation Offices“) sollen mit Fokus auf verwaltungsinterne Effizienzsteigerung bzw. Interaktion und Ideenaustausch mit Bürgern eingesetzt werden.

Mitglieder des Expertenrates

	<p>Thomas Wieser – Leiter des Expertenrates Präsident der Euro Working Group</p>
	<p>Werner Gatzert Staatssekretär im deutschen Bundesministerium der Finanzen</p>
	<p>Daniel Gros Direktor des "Center for European Policy Studies"</p>
	<p>Markus Hengstschläger Vorstand am Institut für Medizinische Genetik, Universität Wien</p>
	<p>Edith Hlawati Head of Department Banking & Corporate Finance, CHSH</p>
	<p>Stefan T. Hopmann Professor am Institut für Bildungswissenschaft, Universität Wien</p>
	<p>Petra Jenner Chief Executive Officer, Microsoft Schweiz</p>

	<p>Christian Keuschnigg Professor an der Universität St. Gallen</p>
	<p>Bert Rürup Präsident des Handelsblatt Research Institute</p>
	<p>Maximilian Schnödl Vice President Corporate Development, Accela</p>
	<p>Margit Schratzenstaller-Altzinger Wissenschaftliche Mitarbeiterin am WIFO</p>